

Burgdorf, 18.11.2011

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen** der Stadt Burgdorf am **14.11.2011** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

17.WP/WuF/001

Beginn öffentlicher Teil: 16:05 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 17:59 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 17:58 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:00 Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Zschoch, Mirco

stellv. Vorsitzender

Hinz, Gerald

Mitglied/Mitglieder

Apel, Robert
Braun, Hartmut
Ehrhardt, Hans-Joachim
Plaß, Barthold
Ruser, Horst
Schulz, Kurt-Ulrich
Weinel, Olaf

Beratende/s Mitglied/er

Gündel, Roy
Waldeck, Jürgen

Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Herbst, Rainer
Kugel, Michael
Lahmann, Jörg
Philipps, Lutz
Twesten, Manfred
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

2. Pflichtenbelehrung der nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder
3. Wahl einer / eines stellv. Vorsitzenden
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Anfragen laut Geschäftsordnung
6. Winterdienst;
- Antrag der CDU-Ortsratsfraktion Otze vom 08.09.2011 -
Vorlage: 2011 0992
7. Fortsetzung der Projektarbeit in Kindertagesstätten
Vorlage: 2011 0056
8. Änderung der Hundesteuersatzung
Vorlage: 2011 0002
9. Betriebsabrechnung Straßenreinigung 2010
10. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: 2011 0003
11. Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2010
12. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: 2011 0052
13. Betriebsabrechnung Marktwesen 2010
14. 10. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf (Marktgebührensatzung)
Vorlage: 2011 0060
15. Entwurf Haushaltssatzung 2012
Vorlage: 2011 0047
16. Entwurf Investitionsprogramm 2012
Vorlage: 2011 0048
17. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Zschoch eröffnete um 16.05 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend wurde die Tagesordnung in der dieser Niederschrift vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. **Pflichtenbelehrung der nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder**

Herr Zschoch händigte **Herrn Roy Gündel** sowie **Herrn Jürgen Waldeck** als beratende Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen ein Schreiben des Bürgermeisters aus, in dem diese auf die ihnen obliegenden Pflichten hingewiesen werden.

3. **Wahl einer / eines stellv. Vorsitzenden**

Auf Vorschlag der SPD-Ratsfraktion wurde **Herr Hinz** einstimmig als stellv. Vorsitzender gewählt.

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

K e i n e

5. **Anfragen laut Geschäftsordnung**

Es lagen keine Anfragen vor.

6. **Winterdienst;
- Antrag der CDU-Ortsratsfraktion Otze vom 08.09.2011 -
Vorlage: 2011 0992**

Herr Herbst gab kurze Erläuterungen zu dem Antrag. Er erklärte, dass vor geraumer Zeit eine Gegenüberstellung der Kosten Bauhof / Maschinenring erfolgt sei. Hier wurde festgestellt, dass der Bauhof 65 % unter den Kosten des Maschinenringes liege.

(Anmerkung: Die Kostenaufstellung ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt).

Herr Plaß erklärte, dass er für die nächste Sitzung des Ortsrates Schillerslage eine Anfrage zu diesem Thema (konkret: zu der möglichen Durchführung des Winterdienstes durch ortsansässige Landwirte) gestellt habe.

Herr Herbst wies darauf hin, dass es nicht einfach möglich sei, einzelne Ortsteile aus dem Winterdienst herauszunehmen und diesen z.B. an die Landwirte zu vergeben. Hier müssten vorab Ausschreiben bzw. Preiseinholungen nach VOL erfolgen. Dabei würde auch der Bauhof dann ein entsprechendes Angebot abgeben.

Auf die Frage von **Herrn Schulz**, warum in Ehlershausen der Winterdienst durch den Maschinenring durchgeführt werde, erklärte **Herr Herbst**, dass zu wenig Fahrzeuge auf dem Bauhof vorhanden seien, die diesen am weitesten von der Kernstadt entfernten Ortsteil noch abdecken könnten. Bei einer Vergabe des Winterdienstes aller Ortsteile an den Maschinenring würden auf die Gebührenzahler aber entsprechend höhere Winterdienstgebühren entfallen, da der Maschinenring deutlich höhere Vorhaltekosten habe als der Bauhof.

Herr Herbst wies im Laufe der weiteren Diskussion noch darauf hin, dass der Beginn des Winterdienstes jetzt auf 4.00 Uhr vorverlegt sei, damit bis 7.00 Uhr die notwendigen Straßen und Wege geräumt werden können.

Anschließend wurde der Antrag im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen als behandelt betrachtet.

7. Fortsetzung der Projektarbeit in Kindertagesstätten
Vorlage: 2011 0056

Herr Kugel berichtete, dass der Jugendhilfeausschuss einstimmig empfohlen habe, dass für die Fortführung der Projektarbeit in den Kindertagesstätten bereits vor Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2012 über die Hälfte des zur Verfügung stehenden Ansatzes verfügt werden kann.

Herr Ruser bat darum, in künftigen Vorlagen den Bezug zum Haushalt herzustellen, damit entsprechend bereitgestellte Mittel dort wieder zu finden seien.

Antwort über Protokoll: Der Ansatz ist zu finden im Produkt 36100, Seite 224. Er ist in Ziffer 15 enthalten.

Anschließend fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen Beschluss:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den nachstehend aufgeführten Beschluss zu fassen:

Der Verwaltungsausschuss stimmt zu, dass für die Fortführung der Projektarbeit in den Kindertagesstätten maximal über die Hälfte der im Haushalt für das Jahr 2012 bereitgestellten Projektmittel für eine Fortführung der Projekte vor Inkrafttreten der Haushaltssatzung verfügt werden kann.“

8. Änderung der Hundesteuersatzung
Vorlage: 2011 0002

Herr Philipps erklärte, dass der Rat im Dezember 2010 das Haushaltssicherungskonzept beschlossen habe, in dem u.a. auch eine Anhebung der Hundesteuersätze ab 2012 um 5% vorgesehen sei.

Herr Plaß erklärte für die CDU-Fraktion, dass diese dem Haushaltssicherungskonzept nicht zugestimmt habe und deshalb auch dieser Vorlage nicht zustimmen werde.

Bei 3 Gegenstimmen fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen anschließend folgenden **Beschluss**:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat, den nachfolgend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, die 2. Satzung zur Änderung der Hundesteuersat-

zung vom 16.12.2004 in der sich aus der Anlage der Vorlage Nr. 2011 0002 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage beigefügten) Fassung zu erlassen.'

9. **Betriebsabrechnung Straßenreinigung 2010**

10. **Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung**
Vorlage: 2011 0003

Da die Betriebsabrechnung Grundlage der Gebührensatzung sei, empfahl **Herr Philipps**, den TOP 9 und 10 zusammen zu behandeln.

Diesem stimmte der Ausschuss so zu.

Herr Plaß fragte nach, ob es bei der Straßenreinigung noch entsprechende Einsparpotentiale gebe, wenn effektiver gearbeitet werde.

Hierzu erklärte **Herr Philipps**, dass bei Gebührenhaushalten grundsätzlich eine Kostendeckung von 100 % notwendig sei. Bei der normalen Reinigung hätten die Sätze verringert werden können, wenn nicht entsprechend hohe Winterdienstkosten angefallen wären. Ungeachtet dessen sei die Verwaltung natürlich bestrebt, Kosteneinsparpotentiale aufzumachen und zu nutzen.

Herr Hinz wies darauf hin, dass Einsparungen bei der Straßenreinigung zu begrüßen seien, sie aber ausschließlich den Gebührenzahlern zu Gute kämen und keine Auswirkungen auf den Haushalt hätten.

Die Betriebsabrechnung ‚Straßenreinigung 2010‘ wurde vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Anschließend fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen **Beschluss**:

‚Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat, den nachfolgend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, die 12. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung vom 19.11.1987 in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. 2011 0003 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage beigefügten) Fassung zu erlassen.‘

11. **Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2010**

12. **Änderung der Entwässerungsabgabensatzung**
Vorlage: 2011 0052

Die Tagesordnungspunkte 11 und 12 wurden ebenfalls zusammen beraten.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen nahm die Betriebsabrechnung ‚Abwasserbeseitigung 2010‘ zur Kenntnis.

Anschließend wurde folgender einstimmiger **Beschluss** gefasst:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat, den nachfolgend formulierten Beschluss zu fassen.

Der Rat beschließt, die 14. Satzung zur Änderung der Entwässerungsalgebensatzung vom 07.07.1994 in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. 2011 0052 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage beigefügten) Fassung zu erlassen.‘

13. Betriebsabrechnung Marktwesen 2010

**14. 10. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf (Marktgebührensatzung)
Vorlage: 2011 0060**

Es erfolgte ebenfalls eine gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 13 und 14.

Zu den in der Betriebsabrechnung angegebenen vermieteten Frontmeterlängen erkundigte sich **Herr Zschoch**, ob hier ein stetiger Rückgang zu erkennen sei.

Hierzu erklärte **Herr Baxmann**, dass auf Wunsch der Politik auch eine Verkleinerung des Wochenmarktes nach Bau des REWE-Marktes vorgenommen wurde. Z.Zt. werden Gespräche mit privaten Betreibern von Wochenmärkten geführt, um im Frühjahr 2012 erste Überlegungen einer evtl. Verlegung und Neugestaltung des Wochenmarktes – dann evtl. mit einem privaten Betreiber – zu präsentieren.

Die Betriebsabrechnung ‚Marktwesen 2010‘ wurde anschließend zur Kenntnis genommen.

Danach fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden ein-stimmigen **Beschluss**:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat, nachfolgend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, die 10. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Wochenmarktes der Stadt Burgdorf - Marktgebührensatzung - (in der der Originalniederschrift als Anlage ____ beigefügten Fassung) zu erlassen.‘

**15. Entwurf Haushaltssatzung 2012
Vorlage: 2011 0047**

Herr Philipps erläuterte kurz für die neuen Ausschussmitglieder die Vorgehensweise bei der Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes.

Anschließend teilte er mit, dass Herr Pilgrim die Fraktionen angeschrieben habe mit der Bitte, den Haushalt aufgrund der sehr kurz bemessenen Beratungszeit sowie vieler neuer Ratsmitglieder erst am 26. Januar 2012 zu beschließen. Dann könne – so **Herr Philipps** – am 19. Januar eine Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen sowie am 24. Januar eine Sitzung

des Verwaltungsausschusses stattfinden. Der 23. Januar könne als Bedarfstermin für eine weitere Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen reserviert werden. Mit der Genehmigung des Haushalts wäre dann nicht vor Ende April / Anfang Mai 2012 zu rechnen.

Dieser Vorgehensweise stimmte der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zu.

Herr Philipps führte aus, dass das regionalisierte Ergebnis der Steuerschätzung vom November vorliege. Danach sei beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in 2011 mit rd. 670.000 € Mehrerträgen zu rechnen. Im Haushalt 2012 seien rd. 10.373.000 € veranschlagt. Hier könne ein um rd. 237.000 € höherer Ansatz gebildet werden. Für die Finanzplanung sei 2013 mit rd. 210.000 € und für 2014 mit rd. 283.000 € und für 2015 mit rd. 342.000 € Mehrerträgen zu rechnen, allerdings immer unter dem Vorbehalt, dass sich die Schlüsselzahl für Burgdorf nicht verschlechtere.

Weiterhin teilte **Herr Philipps** mit, dass im Haushalt 2012 ein Ansatz von 850.000 € als Transferaufwendungen an die WBB gebildet worden sei, dieser aber auf rd. 1,1 Mio. € erhöht werden müsse. Somit sei der zu erwartende Mehrertrag beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für 2012 bereits aufgezehrt.

Anschließend ging **Herr Hammermeister** die einzelnen Teilhaushalte mit den entsprechenden Produkten Seite für Seite durch, damit die Ausschussmitglieder evtl. auftretende Fragen dazu stellen konnten.

Herr Schulz merkte an, dass s.E. für das Frauennachttaxi (S. 65) in früheren Jahre eine Kostendeckelung beschlossen worden sei und erkundigte sich, ob diese auch eingehalten werde.

Antwort über Protokoll: Einen diesbezüglichen Beschluss gab es nicht. Der jetzt im Haushalt 2012 veranschlagte Betrag von 4.200,00 € für das Frauennachttaxi basiert auf einer Hochrechnung der in den Jahren 2010 und 2011 durchgeführten Fahrten.

Herr Hinz erkundigte sich, warum auf Seite 72 unter Ziff. 6 das Rechnungsergebnis 2010 erheblich von den Haushaltsansätzen 2011 bis 2015 abweiche.

Antwort über Protokoll: In dem Ergebnis ist sowohl die Abrechnung 2009 als auch die Abrechnung 2010 enthalten. Da im Haushaltsjahr 2009 noch kalendaral gebucht wurde und die Jahresabrechnung 2009 erst Anfang 2010 vorlag, konnte der Betrag nicht mehr dem entsprechenden Haushaltsjahr zugeordnet werden.

Zu der auf Seite 117 aufgeführten Investitionsmaßnahme ‚Erneuerung der Heizungsinstallation GS Otze‘ wies **Herr Lahmann** darauf hin, dass hier keinesfalls eine Streichung der Maßnahme vorgenommen werden könne, da jederzeit mit dem Totalausfall der Anlage gerechnet werden müsse.

Zu dem auf Seite 174 aufgeführten Investitionszuschuss für den Bau eines Vereinsheimes der TSV machte **Herr Schulz** noch einmal deutlich, dass es einen Beschluss gebe, Zuschüsse bis höchstens 50 % der jeweiligen Maßnahme bzw. einer Obergrenze von max. 100.000 € zu vergeben.

Herr Baxmann erklärte hierzu, dass dieses der TSV gegenüber auch deut-

lich gemacht wurde. Die jetzt veranschlagten Baukosten lägen bei rd. 240.000 €.

Herr Schulz erkundigte sich nach den zu erwartenden Kosten für die Instandhaltung des Bades in der Gudrun-Pausewang-Grundschule.

Hierzu erläuterte **Herr Lahmann**, dass bei einem Weiterbetrieb des Bades ca. 50.000 € für zu installierende Brandschutzklappen aufgebracht werden müssten. Nach einem durch ein Planungsbüro erstellten Gutachten müssen in den nächsten 12 Monaten rd. 124.000 € investiert werden, langfristig über einen Zeitraum von 5 – 7 Jahren etwa 378.000 €.

Bisher gäbe es noch keine Alternative über eine Nachnutzung des Gebäudeteils bei einer Aufgabe des Bades.

Herr Schulz erinnerte daran, dass ein Ratsbeschluss gefasst worden sei, die Nutzung des Bades einzustellen, wenn hier mit größeren Investitionen zu rechnen sei.

Herr Ruser fragte an, weshalb für die Sanierung der Hausmeisterwohnung am Gymnasium (S. 313) so hohe Kosten veranschlagt seien.

Hierzu erklärte **Herr Baxmann**, dass dieses das Ergebnis eines in den letzten Jahren entstandenen Investitionsstaus sei.

Herr Lahmann ergänzte die Ausführungen dahingehend, dass das Gebäude seit den 70er Jahren bewohnt sei. Jetzt gäbe es Risse in Betonteilen, entsprechende Kältebrücken und auch das Dach müsse saniert werden.

Herr Philipps erklärte, dass im Bereich der Abwasserbeseitigung noch eine Anpassung der Gebührenansätze im Haushalt vorgenommen werden müsse.

Nach Aussage von **Herrn Herbst** könne im Bereich der Straßenbeleuchtung der Ansatz für die Stromkosten um 10.000 € reduziert werden.

Anschließend wurde der Tagesordnungspunkt verlassen.

16. Entwurf Investitionsprogramm 2012 Vorlage: 2011 0048

Herr Philipps gab kurze Erläuterungen zum Investitionsprogramm.

Herr Waldeck wies darauf hin, dass in der Summe ‚Gesamt‘ die Beträge teilweise fehlerhaft bzw. mit falschen Vorzeichen ausgewiesen seien.

Hierzu erläuterte **Herr Philipps**, dass die Summe ‚Gesamt‘ nicht durch Addition der im Finanzplanungszeitraum angesetzten Beträge ‚gebildet‘ werde sondern zum Teil auch noch nach Ablauf des Finanzplanungszeitraums anfallende Beträge beinhalte. Die Summe ‚Gesamt‘ sei im Investitionsprogramm lediglich eine nachrichtliche Angabe bei Maßnahmen, die sich über mehrere Jahre erstrecken.

Anschließend wurde der Tagesordnungspunkt verlassen.

17. Anregungen an die Verwaltung

K e i n e

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin